

CO₂-ABGABE

Die Kaltschnäuzigkeit von Umweltminister Röttgen

Es macht betroffen, mit wie viel Kaltschnäuzigkeit Umweltpolitiker immer wieder die ökonomischen Auswirkungen ihrer Politik schönreden. Jüngstes Beispiel ist eine Publikation von Umweltminister Norbert Röttgen mit den britischen und französischen Energieministern.

Nachdem es auf der Weltklimakonferenz in Kopenhagen Ende 2009 nicht gelungen ist, ein Folgeabkommen für das Kyoto-Protokoll mit verbindlichen CO₂-Einsparungspflichten global zu vereinbaren, fordern die drei Politiker nun, die in der EU bereits beschlossene Einsparungspflicht für die Zeit bis 2020 von 20 auf 30 Prozent zu erhöhen; dies sei auch volkswirtschaftlich vorteilhaft. Ihre Begründung liest sich abenteuerlich.

Zunächst heißt es, die Anhebung auf dreißig Prozent schaffe „neue Beschäftigungsmöglichkeiten“, sie sei „eine Politik für Arbeit und Wachstum“.

Die drei Politiker verkennen dabei, was Studenten der Volkswirtschaftslehre bereits im ersten Semester lernen: Die gesamtwirtschaftliche Produktion fällt, wenn ein zuvor kostenlos nutzbarer Produktionsfaktor Kosten verursacht; und sie fällt weiter, wenn er sich verteuert. Das gilt auch für den Produktionsfaktor Umwelt: CO₂-Steuern und der Kauf von Emissionsrechten als Folge von CO₂-Mengenbeschränkungen erhöhen die volkswirtschaftlichen Produktionskosten und führen zu Produktionsrückgang und Arbeitsplatzabbau. Das vielgepriesene zusätzliche Wachstum in den umweltinnovativen Branchen kann die Verluste in den übrigen Bereichen nicht kompensieren, denn gesamtwirtschaftlich steigen die Kosten.

Je knapper das Gut Umwelt gemacht wird, desto teurer ist auch dessen Nutzung. Die Anhebung der Einsparvorgabe auf 30 Prozent senkt somit die Produktion zusätzlich und führt damit auch zu einem zusätzlichen Abbau von Arbeitsplätzen.

Als zweite Begründung führen die drei Politiker an: Der Wechsel vom 20-Prozent-

Lüder Gerken



Mit europäischen Kollegen fordert Röttgen 50 Prozent mehr CO₂-Einsparung als vorgesehen. Er kann nicht richtig gerechnet haben.

zum 30-Prozent-Ziel werde „lediglich elf Milliarden Euro mehr kosten“. Die drei Minister hantieren mit Berechnungen der EU-Kommission, geben deren Zahlen jedoch verkürzt wieder. Bei den Kosten des 20-Prozent-Ziels verwenden sie veraltete, um 22 Milliarden Euro überhöhte Zahlen. Bei den Kosten des 30-Prozent-Ziels unterstellen sie den denkbar niedrigsten Wert und übergehen, dass die Kommission auch um 13 Milliarden Euro höhere Kosten für möglich hält.

Tatsächlich ergeben die Zahlen der Kommission, dass der Wechsel zum 30-Prozent-Ziel 33 bis 46 Milliarden Euro mehr kosten wird. Das ist das Drei- bis Vierfache dessen, was die drei Minister behaupten. Im Übrigen beziehen sich selbst diese Zahlen allein auf das Jahr 2020. Die Kosten von heute bis 2019 sind nicht erfasst.

Völlig übergangen wird, dass die Hauptlast der Kosten von Deutschland als dem mit Abstand größten Industrieland zu tragen ist. Dass ein britischer Minister, in dessen Land es nur noch wenig Industrie gibt, und ein französischer Minister, in dessen Land überwiegend CO₂-freie Kernenergie erzeugt wird, sich für eine solche Politik erwärmen können, verwundert nicht. Und der deutsche Umweltminister merkt nichts?

Die dritte Begründung der drei Politiker:

Die Rezession habe dazu geführt, dass der Preis der CO₂-Emissionsrechte „zurzeit viel zu niedrig“ für umweltinnovative Investitionen sei.

Die drei Politiker ignorieren: Der Emissionsrechtehandel stabilisiert die Konjunktur, ohne dass das vorgegebene Klimaschutzziel gefährdet wird. Wenn rezessionsbedingt weniger produziert wird, ist auch die Nachfrage nach Emissionsrechten unterdurchschnittlich, so dass der Preis sinkt. Dies entlastet die Volkswirtschaft von Kosten und mildert die Rezession. Im Aufschwung tritt das Gegenteil ein. Das schafft von sich aus Anreize für CO₂-sparende Investitionen. Eine Konjunkturphase ist daher ein untaugliches Argument für schärferen Klimaschutz.

Die vierte Begründung der drei Politiker lautet, die Unternehmen bräuchten für ihre Investitionsentscheidungen „Planungssicherheit“. Daher sei schon jetzt das 30-Prozent-Ziel vorzugeben.

Die Minister lassen außer Acht: Die EU hat 2007 eine CO₂-Einsparung von 20 Prozent verbindlich beschlossen. Wer diese Vorgabe jetzt umwirft und schärfere Einsparungen vorsieht, vernichtet Planungssicherheit, statt sie zu schaffen.

Umweltminister haben natürlich das Recht zu fordern, dass Europa eine einseitige Einsparungspflicht von 30 Prozent auferlegt wird - wenn sie damit etwa gravierende Klimaschäden vermeiden wollen und Europa als globalen Vorreiter sehen.

Aber dann müssen sie auch offenlegen, welchen Preis die Menschen für eine solche Politik bezahlen sollen. Und der besteht in der deutlichen Verringerung des Wohlstands und dem Abbau von Arbeitsplätzen. Das Gegenteil zu behaupten ist eine Täuschung der Öffentlichkeit.

Der Autor ist Vorsitzender des Centrums für Europäische Politik und der Stiftung Ordnungspolitik. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com